

„Eine Schule für alle“

Gemeinsam lernen von der 1. bis zur 10. Klasse

Unser bestehendes Bildungssystem beeinträchtigt für einen erheblichen Teil der Kinder und Jugendlichen Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Dies ist ein Skandal, der unter anderem aus der Aufteilung von neun- bis zehnjährigen Kindern auf unterschiedliche Schulformen herrührt. Dieses frühe Auslesesystem gibt es OECD-weit nur noch in Deutschland, Österreich und zwei Kantonen der Schweiz.

Studien der internationalen Bildungsforschung belegen, dass durch längeres gemeinsames Lernen

- alle Schülerinnen und Schüler einen höheren Lernerfolg erzielen und größere Sozialkompetenz entwickeln können,
- die derzeitige enge Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft abgebaut werden kann.

Die überfälligen Korrekturen an unserem Bildungssystem werden von der Landesregierung jedoch nicht vollzogen. Im Gegenteil: Beim Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen wurden durch das neue Schulgesetz weitere Hürden aufgebaut. Ungleiche Bildungschancen wurden festgeschrieben.

Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen haben ein Aktionsbündnis gegründet mit dem Ziel, das bisherige gegliederte Schulsystem durch eine Schule für alle zu ersetzen. In dieser einen **Schule für alle** lernen Kinder und Jugendliche bis zum ersten schulischen Abschluss in der Sekundarstufe I gemeinsam; diejenigen mit speziellem Förderbedarf gehören von Anfang an dazu und erhalten dort die notwendige Förderung. Jedes einzelne Mädchen und jeder einzelne Junge wird in seiner Gesamtentwicklung unterstützt. Um dieses Ziel zu erreichen, organisiert das Bündnis regelmäßig Arbeitstreffen, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und beteiligt sich an Tagungen wie auch an anderen Veranstaltungen. Das Bündnis behält sich weitergehende Aktivitäten (Demonstrationen, Volksinitiative, Volksbegehren usw.) vor.

2007, von der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt, ist für uns der geeignete Zeitpunkt, mit den Aktionen für eine Schule für alle zu beginnen. Solange eine Abgeordnetenmehrheit im Landtag NRW am gegliederten Schulsystem festhält und sich dabei auf eine angebliche Bevölkerungsmehrheit beruft, machen es sich die Unterzeichnenden zu ihrer Aufgabe, sich intensiv um weitere UnterstützerInnen zu bemühen. Das Thema „Eine Schule für alle“ erfordert eine breit angelegte Diskussion über Parteigrenzen hinweg. Damit gehört der Weg zum Ziel, die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung in NRW zu gewinnen und dies möglicherweise in einem Volksbegehren zu dokumentieren. Wir laden alle Interessierten ein, sich unserem Bündnis anzuschließen.